

Ein solches Abkommen würde in diesem besonders gefährdeten Raum eine weitere Anhäufung von Streitkräften und Rüstungen ausschließen und eine Verminderung des militärischen Potentials einleiten.

Nach wie vor sehen die Deutsche Demokratische Republik und die Volksrepublik Polen in der Fortsetzung des mit der Konferenz von Helsinki begonnenen Prozesses ein wichtiges Element der internationalen Entspannung, der Festigung von Stabilität und Frieden in Europa und in der Welt. Beide Staaten bekräftigten ihre Treue zu den Prinzipien und Empfehlungen der Schlußakte von Helsinki. Sie sprachen sich dafür aus, daß die Teilnehmer des Madrider Treffens alle Anstrengungen unternehmen, um dieses Treffen mit positiven Ergebnissen, vor allem mit einem Beschluß über die Einberufung einer Konferenz über Maßnahmen zur Festigung des Vertrauens, der Sicherheit und zur Abrüstung in Europa, abzuschließen. Eine solche Konferenz wäre für alle europäischen Staaten und Völker vorteilhaft und lebenswichtig-

Die DDR und die VRP bekundeten ihre Entschlossenheit, konstruktiv zur Vorbereitung und Durchführung der 2. Sondertagung der UNO-Vollversammlung zu Abrüstungsfragen beizutragen.

Erich Honecker und Wojciech Jaruzelski bekräftigten die aktive antiimperialistische Solidarität ihrer Länder mit allen um ihre nationale und soziale Befreiung kämpfenden Völkern. Sie verurteilten entschieden alle Formen des Drucks und der Einmischung, des Kolonialismus, Neokolonialismus, des Rassismus und der Apartheid.

Die DDR und die VRP werden auch künftig mit den Staaten Afrikas, Asiens und Lateinamerikas vielseitig Zusammenarbeiten und ihre gerechte Forderung nach einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung auf der Grundlage der Gleichberechtigung unterstützen. Beide Seiten würdigten die Rolle der Bewegung der nichtpaktgebundenen Staaten im Kampf für Frieden, für die Einstellung des Wettrüstens und für gleichberechtigte internationale Zusammenarbeit.

Die DDR und die VRP bekräftigten ihre grundsätzliche Position, daß alle internationalen Streitfragen nur auf friedlichem Wege durch Verhandlungen zu lösen sind. In diesem Zusammenhang verwiesen sie auf die großen Gefahren, die den Völkern ebenso wie dem Weltfrieden aus der imperialistischen Politik erwachsen, Spannungen und Konflikte in den verschiedensten Regionen der Welt zu schüren und internationale Verhandlungen zu erschweren oder zu verschleppen. Angesichts der gefährlichen Entwicklung der Situation im Nahen Osten brachten beide Seiten ihre entschiedene Verurteilung der von Israel betriebenen Politik der Annexion der besetzten arabischen Gebiete zum Ausdruck. Dabei bekräftigten sie ihr Eintreten für eine umfassende Regelung des Nahostkonflikts auf gerechter Grundlage unter gleichberechtigter Teilnahme der PLO und ihre Unterstützung für den Vorschlag der UdSSR zur Einberufung einer internationalen Konferenz für die Lösung des Nahostkonfliktes.